

# Protokolleintrag vom 12.12.2012

2012/470

## Erklärung der SVP-Fraktion vom 12.12.2012: Spurabbau am Bellevue

Namens der SVP-Fraktion verliest Mauro Tuena (SVP) folgende Fraktionserklärung:

Schluss mit rot/grünen Verkehrsideologien:

Die SVP nimmt mit grosser Genugtuung vom sachlich gut begründeten Entscheid des Zürcher Regierungsrats Kenntnis, den von Stadträtin Ruth Genner geplanten Spurabbau auf dem Utoquai entlang des Sechseläutenplatzes nicht zu bewilligen. Das hat mit einem politischen Entscheid nichts zu tun. Zu gross seien die negativen Auswirkungen auf den Verkehrsfluss, argumentiert der Regierungsrat richtigerweise.

Die SVP hat diese einzig logische Argumentation, welche jetzt auch der Regierungsrat vollumfänglich teilt, von Anfang an in der Diskussion in Zusammenhang mit der Umgestaltung des Sechseläutenplatzes vertreten. An fundierten Beispielen wurde von den bürgerlichen Parteien in diesem Rat bereits in der gemeinderätlichen Kommissionsberatung aufgezeigt, welche fatalen Konsequenzen ein Spurabbau an besagter Stelle auf das Verkehrssystem in der weiteren Umgebung hätte. Tiefbauvorsteherin Ruth Genner hatte kein Gehör. Selbsterstellte Gutachten, Propagandavideofilme und ideologische Rechenbeispiele ihrer verschiedenen Ämter nützen nichts um solch realitätsfremde rot/grüne Ideen zu stützen. Stadträtin Genner, die Fussgängerin und Velofahrerin, muss lernen, verkehrstechnische Fakten für Autos zu akzeptieren.

Die SVP Gemeinderatsfraktion fordert die Vorsteherin des städtischen Tiefbaudepartements auf, bei Strassenbauprojekten in Zürich, welche Strassen von überregionaler Bedeutung tangieren oder gar betreffen, frühzeitig intensive Gespräche mit den Entscheidungsträgern kantonaler Behörden zu suchen. Liegen seitens des Kantons Bedenken oder gar Einwände vor, sind diese ohne Wenn und Aber zu akzeptieren und umzusetzen. Das Sagen über solche Strassen hat gemäss Strassengesetz der Regierungsrat des Kantons Zürich, nicht das Stadtzürcher Stimmvolk, nicht der Stadtrat von Zürich und schon gar nicht Tiefbauvorsteherin Ruth Genner - auch wenn ich sicher bin, dass sie das gerne hätte. Das sind die gesetzlichen Vorgaben und diese lassen sich auch nicht schönreden oder gar biegen. Es geht nicht an, dass die grüne Magistratin ihre ideologisch geprägten Planungsarbeiten jeweils aus Trotz weiter vorantreibt. Um weitere vorprogrammierte Niederlagen und teure Planungsleichen zu vermeiden, sind unter anderem die Planungsarbeiten „Rosengartenstrasse“ und „Urania-/ Sihlstrasse“ sofort zu stoppen. Bei beiden Projekten liegen bereits heute Einwände oder Bedenken seitens Kanton Zürich vor. Bei beiden Beispielen ist der Regierungsrat zuständig für die Genehmigung.

Von Planungen und Projekten, welche die Beeinträchtigung des motorisierten Individualverkehrs zum Ziel haben, ist inskünftig generell abzusehen. Nur so kann vermieden werden, dass weitere Scherbenhaufen in der Stadt Zürich entstehen. Diese wären angesichts des jetzigen Entscheids der Kantonalen Regierung vorprogrammiert. Ziel einer vernünftigen Verkehrspolitik muss sein, den Verkehr zu verflüssigen. Im für die Volkswirtschaft entscheidenden Faktor Verkehr ist für ideologische Experimente und Störmanöver kein Platz.